

Stellungnahme des Verbandes DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER zum Referentenentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c)

Im Zuge des Wahlkampfes, beider Koalitionsverhandlungen und auch im letztlich beschlossenen Koalitionsvertrag kam dem Thema Bildung eine starke Bedeutung zu. Auch DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER haben sich intensiv mit den verschiedenen Konzepten und den Forderungen nach einer Aufhebung des Kooperationsverbotes beschäftigt. Die Bildung in all Ihren Formen ist auch für die deutschen Familienunternehmer ein existenzielles Thema, das die Zukunft des Standortes Deutschland bestimmen wird. Sowohl aus ökonomischer, als auch aus gesellschaftlicher Sicht.

Der soziale Wohnungsbau betrifft DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER nur mittelbar, stellt aber aus gesellschaftspolitischer Perspektive und unter haushalterischen Gesichtspunkten ebenfalls einen für DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER relevanten Punkt dar. Dem Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER ist darüber hinaus sehr daran gelegen, eine selbstbewusste Eigentümergesellschaft zu befördern, wozu auch die Bildung von Wohneigentum gehört. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftemangels ist das Problem des attraktiven Wohnraums – regional in unterschiedlichen Abstufungen - oft auch ein betriebswirtschaftliches Thema.

Wir erlauben uns daher, zu den beiden im vorliegenden Gesetzentwurf aufgegriffenen Themen Stellung zu nehmen.

Allgemeines

Mit Sorge betrachten DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER die immer stärkere Zentralisierung der Verantwortlichkeiten auf Bundesebene und die damit einhergehende Entmachtung der Landesregierungen und der Landesparlamente. DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER verweisen diesbezüglich auch auf das Positionspapier „Plädoyer für einen Verantwortungsföderalismus“.

Die klare Kompetenzzuordnung zwischen der Einnahmenerzielung bzw. der Ausgabenpolitik und der Gesetzgebung und Umsetzung entsprechender Normen wird bereits seit längerem

immer wieder durchbrochen. Somit ist auch die politische Verantwortung nicht eindeutig zuzuordnen, was den Bürgern und Wählern der Möglichkeit der politischen Einflussnahme zumindest teilweise beraubt. Dieses Defizit wird mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf weiter verschärft.

Darüber hinaus werden aber auch die Anreize für eine effiziente Haushaltsführung auf den einzelnen staatlichen Ebenen ausgesetzt. Ferner wird im bildungspolitischen Bereich der heilsame Wettbewerb weiter abgeschwächt und der Bund erhält zukünftig vermutlich weitere Einflussmöglichkeiten auf die Ländergesetzgebung bzw. deren Umsetzung.

Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER handelt es sich daher beim vorliegenden Gesetzesentwurf um einen weiteren Schritt einer äußerst negativen Entwicklung, der Landesregierungen und –parlamente immer stärker zu einer Verwaltungs- und Umsetzungsinstitution bundesstaatlicher Gesetzgebung degradiert.

Im Nachfolgenden möchten wir kritisch Stellung zu den einzelnen Aspekten nehmen. Im Bereich der Bildungsfinanzierung möchten wir darüber hinaus einen Vorschlag unterbreiten, der die eben genannten Nachteile umgeht und gleichzeitig eine ähnliche Zielvorstellung beinhaltet.

Sozialer Wohnungsbau

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus strebt die Bundesregierung an, den Ländern zweckgebundene Hilfen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu gewähren.

Dies lehnen wir aus oben benannten Gründen ab.

Zwar stellt es aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER eine Verbesserung dar, wenn die unnötig vom Bund gewährten Mittel nicht in den Länderhaushalten versickern, sondern wenigstens für die Zwecke eingesetzt werden, für die sie gedacht waren. Doch auch die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass sich die Wohnraumknappheit nicht durch immer stärkere staatliche Eingriffe beheben lässt, die noch dazu immer starke ökonomische Verzerrungen beinhalten. Davon profitieren letztlich auch die Mieter nicht.

Vielmehr gilt es, den Bau von billigem Wohnraum auch für private Investoren wieder attraktiv zu machen und dem Markt die Allokation der Ressourcen zu überlassen. Dies ist das beste Heilmittel für den teils irrationalen Wohnungsmarkt.

Dazu gehört das Herstellen einer ausgewogenen Balance zwischen Mieter- und Vermieterrechten ebenso wie das Absenken diverser Hürden beim Neubau von Gebäuden und von Reglementierungen der Mietpreise. Es zeigt sich klar, dass immer dort wo der Staat

intervenierte, die Probleme des Wohnungsmarktes auf lange Sicht eher noch verschärft werden.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, zu prüfen, in welchen Rechtsnormen und auf welchem Wege die Bedingungen für private Investoren verbessert werden können, statt sich auf die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Instrumente zu beschränken.

Bildungsfinanzierung

Die Durchbrechung bzw. teilweise Aufhebung des sogenannten Kooperationsverbotes, die in dem Referentenentwurf skizziert wird, sehen DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER unter diversen Gesichtspunkten kritisch.

1. Der Einstieg in die Finanzierung bildungspolitischer Vorhaben durch die Bundesregierung ist aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER auch ein Einstieg in die Rückverlagerung bildungspolitischer Kompetenzen auf die bundespolitische Ebene. Eine solche Rückverlagerung lehnen wir ab, da der Wettbewerb unter den Ländern eher ein Anreiz hin zur weltbesten Bildung ist als eine Nivellierung unter den Ländern auf das Mittelmaß. Jegliche Eingriffsmöglichkeiten des Bundes sind unter diesem Gesichtspunkt kontraproduktiv.
2. Die Finanzierung von Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten, Ganztagschulen und der Digitalisierung ist notwendig. Gleichwohl hilft der reine Ausbau nur auf den ersten Blick. Ein Ausbau von Kapazitäten heißt auch, dass mehr Personal benötigt wird. Das Personal muss nachgebildet werden und die Betriebskosten steigen. All diese Kostenbestandteile müssen wiederum von den Kommunen und Ländern geschultert werden. Eine Politik aus einer Hand – also auch der regionalen Planung und Durchführung von Investitionen – ist wesentlich zielführender. Entsprechend sollten sämtliche Kompetenzen auf regionaler Ebene angesiedelt werden.
3. Die Finanzierung durch den Bund ist zu begrüßen, aber nicht der hier skizzierte Weg dorthin. DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER fordern die Bundesregierung auf, ein sogenanntes „Gutscheinmodell“ zu etablieren. Somit würden erhebliche positive Effekte erzielt, ohne die Nachteile einer Staatsfinanzierung, die noch dazu den widerstrebenden Interessen von Bund und Ländern unterworfen ist, in Kauf zu nehmen. In einem Gutscheinmodell könnte der Bund sowohl auch die Finanzierung der Betriebskosten mit übernehmen als auch eine dauerhaft positive bildungspolitische Entwicklung initiieren. Die Länder wiederum würden finanziell entlastet, müssten aber keinen Eingriff in ihre Kompetenzen befürchten.

In einem Gutscheinmodell müssten allerdings sowohl eine größtmögliche Autonomie der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen etabliert werden als auch eine transparente,

qualitativ hochwertige und dauerhafte Bewertung und Vergleichbarkeit der Leistungen von Kindern und Jugendlichen in anonymisierter Form durchgeführt werden.

Fazit

Der Referentenentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104c, 104d, 125c) wird von DIE FAMILIENUNTERNEHMER/DIE JUNGEN UNTERNEHMER auf Basis grundsätzlicher Bedenken abgelehnt. Zum einen spricht die Befürwortung von Wettbewerb unter den Ländern dagegen. Darüber hinaus sind der Föderalismus und die Entscheidungskompetenz in den Regionen - und somit bürgernah - ein tragendes Element der demokratischen Ordnung und der Effizienz in Deutschland. Ferner ist es aus grundsätzlichen ökonomischen und politischen Gründen geboten, Einnahmen und Ausgaben sowie die Verantwortung für Gesetzgebung und deren Umsetzung in einer Hand zu belassen. Als letztes sei daraus abgeleitet auch auf die positive Anreizwirkung einer föderalen Selbstverantwortung gegenüber einer bundesstaatlichen Durchfinanzierung verwiesen.